

CVP-Frauen gehen erneut auf Konfrontationskurs zur Mutterpartei

Die CVP-Frauen sprechen sich für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik aus. Damit stellen sie sich gegen ihre Mutterpartei – und gegen CVP-Bundesrätin Leuthard.

Markus Häfliger

In der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) wiederholt sich die Geschichte: Wie 2002 bei der Abstimmung über die Fristenlösung geht die CVP-Frauenorganisation auf Konfrontationskurs zur Mutterpartei – und erneut dreht sich der Konflikt um ungeborenes Leben. Damals ging es um Abtreibung, diesmal um die Auswahl von Embryonen im Labor. Wie bisher nicht bekannt wurde, hat sich der Vorstand der CVP-Frauen für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ausgesprochen. Demgegenüber hat das Präsidium der CVP Schweiz am Freitag sein Nein zur PID bekräftigt.

Es geht um die Vorlage, die der Bundesrat im Februar in die Vernehmlassung geschickt hat. Darin wird die Zulassung der bisher verbotenen PID unter strengen Bedingungen vorgeschlagen. Die PID wird bei künstlichen Befruchtungen angewendet: Seit 1990 ist es technisch möglich, in vitro gezeugte Embryonen vor der Einsetzung in die Gebärmutter genetisch zu untersuchen. So können Embryonen aussortiert werden, die Träger von Erbkrankheiten oder anderen Anomalien sind, etwa Trisomie 21. Ebenso ist es möglich, das Geschlecht zu selektieren oder ein Embryo auszuwählen, das später als «Retter-Baby» Zellen oder Gewebe für ein krankes Geschwister spenden könnte. Der Bundesrat will PID nur für Paare mit schwerer erblicher Belastung erlauben. Alle anderen Anwendungen sollen verboten bleiben.

Die CVP Schweiz lehnt diese Aufweichung ab. Trotz der strengen Bedingungen ermögliche es PID, «selektives Leben zu schaffen», kritisiert die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort, die von Parteipräsident Christophe Darbellay unterzeichnet ist. Die CVP befürchtet eine Salamtaktik: Die Gesetzesänderung löse «schnell weitergehende Forderungen aus». Zudem lasse sich nicht sicherstellen, dass die PID «nicht für die Selektion von Geschlecht, äusserlichen und charakterlichen Merkmalen angewandt wird». Zudem könnten Eltern behinderter Kinder, die auf PID verzichtet haben, in Zukunft diskriminiert werden.

Im Gegensatz zur Mutterpartei wollen die CVP-Frauen sogar weiter gehen als der Bundesrat: Sie fordern nämlich, dass PID kassenpflichtig wird. Zudem wollen sie die sogenannte Dreier-Regel aufheben. Diese besagt, dass pro Be-

handlungszyklus bloss drei Embryonen befruchtet werden; das sei in der Praxis zu wenig, argumentieren die CVP-Frauen. Treibende Kraft hinter dieser Stellungnahme ist Babette Sigg Frank, die erst seit zwei Monaten Präsidentin ist – auch dies eine Parallele zu 2002, als die damalige Präsidentin, Brigitte Hauser-Süess, den Aufstand der CVP-Frauen anführte. Der Vorstand der Frauen sei sich bewusst, dass er sich auf Konfrontationskurs zur offiziellen Parteimeinung gebe, sagt Sigg Frank. Mit PID könne jedoch «so viel Leid» verhindert werden: «Wir möchten Familien, die von einer schweren Erbkrankheit betroffen sind, nicht länger stigmatisieren und zur Behandlung ins Ausland verweisen.» Zudem sei es «unlogisch», dass man in der Schweiz einen mehrere Zentimeter grossen Fötus abtreiben dürfe, während die PID an unsichtbar kleinen Embryonen verboten sei.

Sigg Frank verhehlt nicht, dass diese Haltung auch unter den Frauen umstritten ist. Der Entscheid des Vorstandes fiel nicht einstimmig, und auch die eidgenössischen Parlamentarierinnen der CVP sind gespalten: Nationalrätin Ruth Humbel etwa ist für die PID, Brigitte Häberli, Vizepräsidentin der Fraktion, ist dagegen. Auch CVP-Bundesrätin Doris Leuthard hat 2005, noch als Nationalrätin, gegen die Präimplantationsdiagnostik gestimmt.